

Bürgermeister Moormann will stärker informieren

Untätigkeit, Verweigerungshaltung, Kleinreden des Problems – Bürgermeister Franz-Josef Moormann will Vorwürfe wie diese im Zusammenhang mit dem Grundwasser-Problem in Kaarst nicht auf sich sitzen lassen: Die Stadt sei in der Thematik von Beginn an stark engagiert. Die jüngsten Reaktionen auf den „Heißen Draht“ der NGZ und die Gründung der Bürgerinitiative Grundwasser Kaarst hätten aber gezeigt, dass dies offenbar nicht von allen wahrgenommen werde.

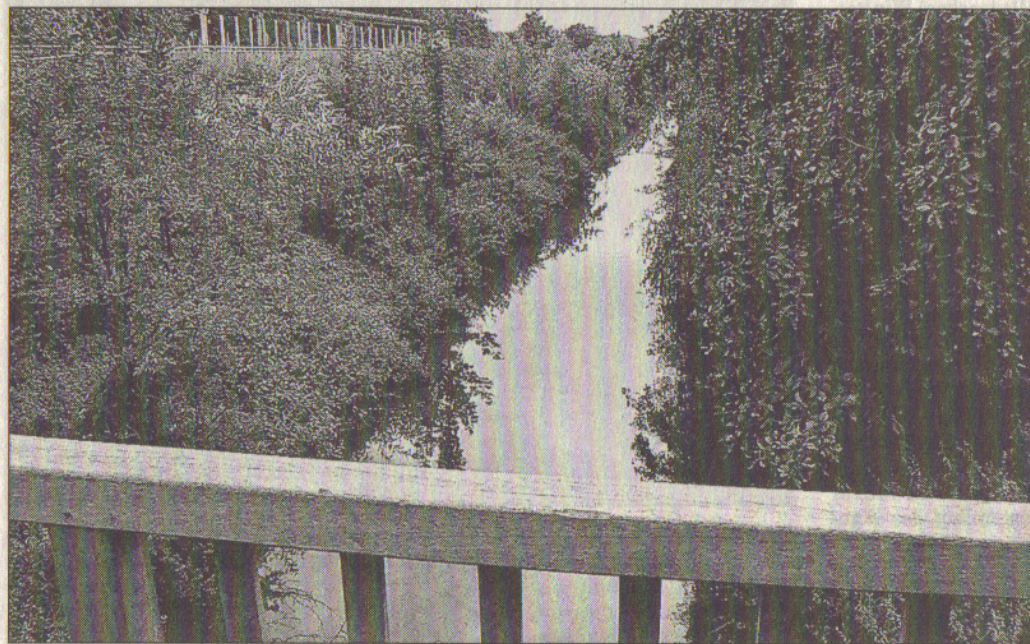
„Ich sehe ein, dass wir unsere Aktivität stärker in die Öffentlichkeit tragen müssen“, sagt Moormann im Gespräch mit der NGZ. So denkt der Bürgermeister darüber nach, eine Informationsbroschüre zur Grundwasser-Thematik auf den neuesten Stand zu bringen und eventuell als Hauswurfsendung im gesamten Stadtgebiet zu verteilen. Dass

Von Frank Kirschstein

die neu gegründete Bürgerinitiative mit ihrem Vorsitzenden Klaus-Dieter Pruss jetzt verstärkt auf eine öffentliche Diskussion über das Grundwasser-Problem drängt, sieht Moormann „grundsätzlich positiv“. Dass die Initiative versucht, im Vorfeld der Kommunalwahl politisch Druck zu machen, sei, so Moormann, deren demokratisches Recht: „Ich werde aber meine Linie nicht ändern, weil mit der Wahl gedroht wird. Das Thema Grundwasser ist sehr wichtig, aber ich muss es auch mit anderen für die Stadt Kaarst wichtigen Aspekten, allen voran die Finanzsituation, in Einklang bringen.“ Wenn der Eindruck entstanden sei, dass die Kaarster Belange in Sachen Grundwasser nicht so vertreten würden, wie dies erforderlich sei, sei dieser Eindruck falsch – wenn auch zu erklären: Mit der Grundwasserkommission auf

Kreisebene sei eine gute Arbeitsebene geschaffen worden. Eine Geschäftsgrundlage dort sei die Vereinbarung, dass der Landrat die Aktivitäten kommuniziere. „Es handelt sich um ein regionales Problem, da ist es wichtig, dass wir mit einer Stimme sprechen“, sagt Moormann. Möglicherweise seien angesichts dieser Struktur jedoch Informationen für Kaarst „nicht rübergekommen“.

Seit Ende November 2001, so Moormann, habe er als Bürgermeister immer wieder bei den verschiedensten Gremien und Anlässen auf die potenzielle Gefährdung durch steigendes Grundwasser auch in Kaarst hingewiesen. Wenn es um die Frage der Betroffenheit gehe, sei, so der Bürgermeister, genau zu unterscheiden: Wenn unterstellt werde, er reduziere das Grundwasser-Problem auf wenige Häuser, sei dies nicht richtig. Es sei klar, das im „Worst-Case“, im schlimmsten nach den vorliegenden Prognosen anzunehmenden Fall, von dem nicht sicher sei, dass er auch eintrete, sehr viele Hauseigentümer betroffen sein könnten. Andererseits lägen der Stadt nur wenige dokumentierte Fälle bereits heute nasser Keller vor. Moormann verweist auf eine Fragebogenaktion, die unter anderem nur zehn Fälle von Grundwasserschäden mit



Der Nordkanal: Zurzeit wird geprüft, wie das Gewässer genutzt werden kann, um das Grundwasser-Problem in Kaarst zu entschärfen.

NGZ-Foto:
H. Jazyk

minder starken und drei Fälle mit starken Kapillarschäden ausweist. „Die Erfahrung zeigt, dass nicht alle Betroffenen über die Probleme sprechen wollen“, sagt Moormann, der unterstreicht, dass jeder der Stadt gemeldete Schaden auch dokumentiert wird. „Dies dient nicht dazu, die Betroffenheitsabschätzung für die Zukunft zu relativieren, sondern nur dazu, zu erfassen, welche Schäden bereits eingetreten sind.“

Ein gebäudescharfes Gutachten, wie es von vielen Betroffenen gefordert wird, hält Moormann derzeit für verfrüht, dies habe auch Grundwasser-Gutachter Professor Horst Düllmann Ende Februar bestätigt: „Detailuntersuchungen in Kaarst sind danach erst sinnvoll, wenn es um die Ausarbeitung konkreter Gegenmaßnahmen geht.“ Wie die aussehen sollen, sei nach dem

jüngsten Gespräch bei Ministerpräsident Peer Steinbrück, der der Finanzierung einer großen Lösung mit weitreichendem Abpumpen eine Absage erteilt habe, noch unklar.

Wenn es um eine Kosten-Nutzen-Abwägung gehe, etwa bei der Frage, wie viel für welche Maßnahme ausgegeben wird, wer belastet wird und welches Maß an Betroffenheit möglicherweise zu akzeptieren ist, müsse letztlich politisch im Stadtrat entschieden werden. Dies gelte auch für eine neue Nutzung des Nordkanals und anderer Bachläufe. Um mit ihrer Hilfe die Grundwassersituation zu entschärfen, müssten, ohne dem ausstehenden Gutachten vorzugreifen, erhebliche Mittel aufgewendet werden: „Die Politik muss abwägen und andere wichtige Maßnahmen wie Straßenbau, Schulsanierungen oder freiwillige Leistungen an die

Vereine im Blick behalten.“ Neben weiteren Treffen mit Betroffenen und ihren Initiativen weist der Bürgermeister aber auch auf ein Gespräch im NRW-Umweltministerium am 8. Juli hin, dass auf seine Nachfrage beim Gespräch mit Steinbrück zustande gekommen sei. Moormann will dort wasserwirtschaftliche Grundsatzfragen klären: Einerseits werde Rheinbraun erlaubt, für den Tagebau massiv in den Grundwasserhaushalt einzugreifen, andererseits dürften die von einem Grundwasseranstieg bedrohten Kommunen noch nicht einmal so viel abpumpen, um den heutigen Grundwasserstand zu halten: „Diese Haltung in NRW mag ökologisch betrachtet top sein, in Hoyerswerda oder Frankenthal haben die Umweltbehörden jedoch ein Regulativ zum Schutz der Häuser genehmigt.“